

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinziales Max Sedewitz, für die Inserate Rudolf Roganski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kollender, Leipzig. — Preis der „Volksstimme“ G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königsstr. 8.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postämtern vierteljährlich 2.70 M. ohne Porto. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigergebühren: Die 7. u. 8. Spaltenzeitung 20 Pfennig, 9. Spalte a. auswärts 25 Pfennig, im Restamtzeitung 75 Pfennig. Bestellungen: Halle, Große Ulrichstraße 27, Fernspr. 5407. — Zeitungsverlag Seite 411.

№. 300.

Halle, Sonnabend den 28. Dezember 1918.

2. Jahrgang.

Zur Lage der Regierung.

Die Volksstimme-parlamentarischen Nachrichten melden vom Freitag: Von verschiedenen, unbedingt zuverlässigen Seiten ist der Regierung authentisch mitgeteilt worden, daß die Spartakusgruppe beschloß, sich, sobald wie möglich, wenn anständig schon heute, die Volksbeauftragten zu stützen und die neue Regierung Liebknecht-Nobendorfer-Luzemburg zu proklamieren. Die Spartakusleute rechnen dabei auf Unterstützung der ererbtenen Matrosen und großer Teile des Arbeitervolkes.

Die Kabinettsitzung am gestrigen Vormittag verlief, wie wir hören, sehr ruhig und kam trotz dem Ende, nachdem Klarheit darüber hergestellt war, daß das letzte Vorwärtsgebäude wieder geräumt würde. Eine weitere Kabinettsitzung hat gestern nicht stattgefunden.

Gegenüber den Darstellungen, die von den Matrosen über die Vorgeschichte der Zusammenkünfte am 23. Dezember und 24. Dezember gegeben werden, erfahren wir von dem Berliner Stadtkommandanten Otto Wels:

Es ist unklar, daß Wels jemals Verhandlungen mit den Matrosen abgelehnt. Er kam am 23. Dezember erst nachmittags von einer Konferenz auf die Kommandantur zurück und erhielt dort das Vorgehen der Matrosen gegen die Reichskasse und die Volksbeauftragten. Dagegen hat er die nötigen Maßnahmen ergriffen. Gleichzeitig wurden die von Lenin's Führer vorher beredeten Verhandlungen mit den Matrosen wieder aufgenommen, in deren Verlauf Wels, Fischer und Dr. Bongart verhaftet wurden.

1. Die Grundlage zu dem Vorgehen von Wels bildete ein von allen 6 Volksbeauftragten unterzeichneter Befehl, der ihn anwies, die 80.000 Mark unter allen Umständen erst dann auszugeben, wenn das Schloß geräumt sei.

2. Ein Beschluß des gelamten preussischen Staatsministeriums vom 12. Dezember, der wegen der bis in die letzten Tage fortwährenden Währungsänderungen die Räumung des Schlosses forderte. Heber die Verhandlungen des Staatssekretärs war ein Bericht bei beiden Finanzministern beigefügt.

Es ist absolut unklar, daß Wels nur aus Eigenem wegen einer Formalität bei der Schloßräumung die Auszahlung der Röhnung verweigert hätte. Wahr ist, daß der Volksbeauftragte Barth Wels anrief, die Matrosen seien hier zu sein und wollten ihm eine Kasse mit den Schüsseln übergeben. Wels erwiderte, die Kasse sei nicht die Angelegenheit der Schloßräumung, sondern die Räumung des Schlosses. Von übrigen unterfanden die militärischen Angelegenheiten dem Volksbeauftragten Ebert. Wenn die Matrosen in der Reichskasse seien, sollten sie sich mit diesem in Verbindung setzen und auf dessen Anweisung werde er das Geld sofort ausgeben. Eine weitere Nachfrist ist Wels dann nicht ansgewiesen. Als die Matrosen bei ihm erschienen und die Herausgabe des Geldes verlangten, fragte er nach dem Bescheid der Schloßräumung und erhielt die Erklärung, die Schloßräumung nicht mehr in der Reichskasse, sondern von den Matrosen ins Schloß zurückgenommen worden.

Unrichtig fühlte ferner alle Nachrichten vom dem Eintritt Wels von der Kommandantur. Wels hat der Reichsregierung die Mitteilung zugehen lassen, daß er ihr über seine Beobachtungen und Auffassungen Bericht erstatten wollte. Seine weitere Stellung werde von einem Beschluß des Kabinetts oder einem Entschluß abhängen, den er selber fassen werde. Dieser hat die Reichsregierung über die Behandlung der Kommandantur feierlich Beschluß gefaßt. Die Geschäfte der Kommandantur führt einflusslos Lehnart nach Fischer.

Maschinengewehr im Kasse Vaterland.

In den Berliner Morgensitzungen finden sich Mitteilungen über die Auffindung von Maschinengewehren im Kasse Vaterland. Dazu teilt Kommandant Otto Wels mit, daß er bereits am ersten Tage des Truppenmarsches in P. ein dem Volksbeauftragten Mitteilung haben gemacht hat, daß sich im Laufe des Kasse Vaterland die Maschinengewehre befinden. Die Abteilung Seeresekretariat der Kommandantur hat durch Beauftragte der Kommandantur versucht, die Maschinengewehre zurückzuholen, aber die dort anwesende Besatzung des Volkseisenbahnwagens hat erklärt, daß sie dem Volkseisenbahnwagens nicht herauszugeben. Die Kommandantur trifft keine Veranlassung, wenn sich noch gefundene Maschinengewehre dort befinden.

Die Zustände in den Kohlenbezirken.

Am zweiten Weihnachtstage sind die Direktoren der Generalität Deutscher Kaiser, darunter der alte August Schillen, von den Ausländern aus ihren Wohnungen geholt und aufammen mit den Vertretern der Stadtverwaltung in dem in hiesigen Rathaus interniert worden. Die Regierung hat die Streikenden bringen erfindet, die Arbeit wieder aufzunehmen, da sonst für die ganze Arbeiterschaft Deutschlands, einschließlich der dortigen Bergleute aber, unüberlebbarer Schaden entstünde. Im Auftrag der

Reichsregierung ist Volksbeauftragter Barth nach Jamborn gereist. Ebenso hat sich ein hervorragender Vertreter der preussischen Staatsregierung dahin begeben. Auch aus den übrigen Teilen des Reichs nehmen die Meldungen über partakistische Aufstände zu. So melden die Vorposten, daß über oberirdischen Gruben bedroht seien. Die Kohlenförderung bringt nur noch die Hälfte der normalen Förderung im Kriege. Gelingt es nicht, dem Treiben der Spartakisten Einhalt zu tun, so wird die Förderung weiter zurückgehen und die Kohlenversorgung der Bevölkerung unmöglich werden.

Die Entente und die inneren deutschen Unruhen.

Der Volksrat in Mannheim hat beschlossen, daß zur Zeit in Mannheim als neutrale Zonebenennung folgende 3. Parteien des Grenadier-Regiments zu entsenden. Auf Veranlassung der baltischen Regierung unbeschadet dieser Schritte. Der Vorschlag muß jedoch irgendeine zur Kenntnis der französischen Botschaft gelangen sein, denn am Abend des 23. Dezember erhielt die deutsche Botschaft in Brüssel, daß am 24. Dez. Mannheim von einer französischen Infanteriebrigade in Stärke von 5000 Mann besetzt werde. Das Eintritten wurde erforderlich, da das im Einvernehmen mit der Entente nach Mannheim geleitet mit der Sozialdemokratie verbunden, welche eine Politik mit der Entente zu betreiben, daß die Reichsregierung in Mannheim vollkommen angeführt sei. Die französische Botschaft in Mannheim hat danach zum Eintritten vorläufig abgesehen, aber die Reichsregierung hat sich für die Entente in Mannheim in der angegebenen Weise besetzt werden würde. Eine ähnliche Erhebung ist seitens eines hohen belgischen Offiziers gegenüber der Stadt Eilen ausgeprochen worden.

Das Entweder — Oder.

In der unklaren unehrlichen Haltung der Unabhängigen ist es vornehmlich in der „Freiheit“ eine Kritik, die ins Schwärze tritt. Es geht davon aus, daß die Unabhängigen durch den Eintritt ihrer Vertreter in die Regierung der Republik sich zur Mitarbeit und Mitverantwortung verpflichtet haben. Insbesondere trügen sie gemeinsam mit den Mehrheitssozialisten die Verantwortung für denjenigen Grad von Sicherheit und Ordnung, der unerlässlich ist, soll die schwere wirtschaftliche Notlage, in der sich Deutschland befindet, nicht bis zur Untragbarkeit gesteigert werden. „Als weit sie auf ein möglichst folgerichtiges Zusammenarbeiten mit den Vertretern der Mehrheitssozialen in der Regierung und Regierungsämtern hin. Organisatorisch aber ist die Politik, die das Entweder — Oder bedeutet, und, im eigenen Interesse, zum blutigen Bürgerkrieg mit unermesslicher Verwertung des Widerstandes hinführen muß. Das ist ein unhaltbarer innerer Widerspruch.“

Bereits hebt mit Recht hervor, daß der Unabhängigen Partei die Kraft einheitslicher Überzeugung verloren gegangen sei. An einem Orte treten sie grundsätzlich für die Nationalversammlung ein, an einem anderen erklären sie ihr Absehen. Hier verdrängen sie ihre Äußerung mit den Mehrheitssozialisten, dort kämpfen sie gegen sie. Die Unabhängigen sind also nicht einheitlich, sondern in jeder Hinsicht unklar. Auf diese Weise werde die Regierung der Unabhängigen Sozialdemokratie als Partei und in jeder Hinsicht unklar. Die Unabhängigen sind also nicht einheitlich, sondern in jeder Hinsicht unklar. Auf diese Weise werde die Regierung der Unabhängigen Sozialdemokratie als Partei und in jeder Hinsicht unklar.

Ein Aufruf zur Einigkeit.

Einer der Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie in Thüringen, Emil Westein, erlät einen Aufruf zur Einigkeit der Arbeiterklasse. Er stellt fest, daß die übergrößen Mehrheit des Proletariats rasche Wahl der Nationalversammlung fordert und daß der Sieg bei diesen Wahlen von der Geschlossenheit des arbeitenden Volkes abhängt. Nur dadurch könnten die Grundprinzipien der Revolution gesichert werden. Weiter: ein Aufruf der Arbeiterklasse. Er stellt fest, daß die übergrößen Mehrheit des Proletariats rasche Wahl der Nationalversammlung fordert und daß der Sieg bei diesen Wahlen von der Geschlossenheit des arbeitenden Volkes abhängt.

Die Leipziger Volkszeitung über die blutige Weihnacht.

Die Spartakisten, die die Redaktion des Leipziger „Unabhängigen“ Blattes beherbergen und die öffentliche Kundenerregung systematisch betreiben, schieben die Schuld an dem Berliner Blutvergießen natürlich wieder auf die Mehr-

heitssozialisten in der Reichsregierung. Mit frecher Stirn wagt das Spartakistenblatt zu schreiben:

Zum zweitemal haben die Ebert-Scheidemann und Wels Staat und auf sich geladen. Diesmal ist der Tatbestand klar. Der Kampf ist von Ebert, Scheidemann und Wels gewollt. Sie wollten die Streikenden in Berlin, die wollten sie, um ihre Autorität zu befestigen, um die ihnen zu radikal scheinende Richtung der Revolution niederzujagen.

In dieser Tonart geht es weiter, die übrigens auch das Berliner Organ der Unabhängigen, die „Freiheit“, anspricht. Beide „unabhängigen“ Blätter haben sich in der Schilderung und Beurteilung der Berliner Vorgänge wieder ganz auf die Seite der Spartakisten geschlagen. Gegen den Matrosenputsch an sich haben beide gar nichts einzuwenden. Sie finden es offenbar ganz in der Ordnung, wenn Militärpersonen, die mit der Regierung einen Rechtsstreit um ein Verbot von 80.000 Mark führen, die Regierung deswegen in ihrem Hause gefangen setzen, den Stadtkommandanten aus seinem Amtsbüro herauszuwerfen, ihn mißhandeln, einsperren und mit dem Tode bedrohen. Dagegen nicht einmal ein Wort milder Rüge. Aber die Regierung, deren unendlich gebelner Geduldsboden endlich reißt, die sich nicht jede Demütigung, jede Gewalttat ruhig gefallen lassen will, die sich für verpflichtet hält, das Leben eines bedrohten Beamten zu retten, den zu schimpfen doch nur ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit ist — wie wird für die Organe der Unabhängigen die Hoffschere der Kritik und ihr Verzicht man in feiger Scheuheit die Schuld an dem Blutvergießen aufzubürden.

Der Handstreich gegen den Vorwärts.

Der Vorwärts wirft die Frage auf: Wie soll denn Blutvergießen verhindern werden, wenn die eine Seite jedes Recht mit Gütern treiben darf, während die andere verpflichtet sein soll, jede Gewalttat geduldig hinzunehmen? Da haben wir das uns nächstliegende Beispiel des Vorwärts. Gestern haben die „revolutionären Elemente Groß-Berlins“ anerkannt, daß es eine Schandfeste ist, ohne gewaltlos an der Vertretung ihrer Überzeugung hindern zu wollen, sie haben großes Gewicht gelegt auf die Festsetzung der Festsache, daß weder sie noch die Leitung des Spartakusbundes bei dem Attentat auf die Freiheit des Vorwärts die Hand im Spiele hatten. Heute schreibt das Organ des Spartakusbundes, die Festsache habe:

Die Unterbrechung rechtmäßiger Eigentums der Berliner Arbeiterkraft in den Händen der Ebert-Gänge, die es als ein berechtigtes Recht dient, um das revolutionäre Proletariat mit Gift zu befrachten, ist eine Unhaltbarkeit. Es kann nur eine Frage der Zeit

sein, wann diese Verhinderung der elementaren Rechte und Interessen der Revolution ein Ende nimmt. Wenn heute noch verschiedene Beinhaltenden die revolutionären Elemente und Terroristen beiderseits beiderseits abweisen, sich geschlossen die Waffen zu stellen, die jene unabwendbare Schuld der Revolution aus eigener Initiative einlösen wollten und so der Vorwärts der Gegenrevolution wieder ausgesetzt werden ist, so wird doch die einmal in so entschlossener Weise auf die Tagesordnung gestellte Frage nicht mehr verschoben.

Wir unerschrocken werden die Berliner Arbeiterklasse mit aller Macht zu Gebote stehenden Verstand in diesem ihrem gewaltigen Streben unterstützen und zweifeln nicht, daß der Blut, die Entschlossenheit und Initiative, die sie dabei an den Tag gelegt, sie bald zum Ziel führen werden.

Die Redaktion des Vorwärts wird also bald wieder freundlichen Besuch erhalten. Wenn dann aber die zur Veranlassung getriebenen Parteigenossen sich nicht weiter treten lassen wollen, wenn sie sich gegen den Handstreich eines bedrohten Gewaltmanns zur Wehr setzen, dann werden die wahrhaftig für die Freiheit im Kampf zu sein, die „auf das Volk schickten“.

Wie lange dauert man, würde sich die Masse der arbeitenden Bevölkerung Berlins eine solche ungelöste Wundenberührung gefallen lassen? Schon jetzt hat der Depotismus, der von einer kleinen Minorität ausgeht, einen Grad erreicht, der nicht mehr zu ertragen werden kann, und es ist notwendig,

den Widerstand gegen ihn zu organisieren.

Die Arbeiter werden sich nicht mehr irreführen lassen durch das Schlagwort „Gegenrevolution“, mit dem man alles zu konzentrieren versucht, was geeignet ist, der Unfähigkeit einer gewaltigen Minorität Schranken aufzuerlegen. Aus der Republik, der Demokratie, der persönlichen Freiheit, Unterbrechung der sozialdemokratischen Regierung gegen die Unterdrückung, die Einschränkung, die Verdrängung, die tagtäglich gegen sie verübt wird, das ist keine Gegenrevolution, sondern Schuld der revolutionären Feindegenossen gegen ein verbrecherisches Verbrechen, das sie zu vernichten droht.

Sie müssen den Dingen hier ins Auge sehen. Das wird nicht Gewalt, sondern Freiheit, nicht Bürgerkrieg, sondern Einigkeit mit der Arbeit, nicht Feindschaft mehr. Aber wir wissen auch, daß die Anderen ihre Sache auf nackte Gewalt

Wahl und Bürgerkrieg gestellt haben. Darum dürfen wir keinen Augenblick vergehen, daß wir jede Minute bereit sein müssen, für unsere Genossen in der Regierung und damit für die Sache der Sozialdemokratie bis zum allerletzten einstecken zu können. ...

Die sozialdemokratischen Obleute und Vertrauensleute der Berliner Groß-Berlin veröffentlichen im Vorwärts folgende Erklärung: Die unterschätzten sozialdemokratischen Obleute und Vertrauensleute der Berliner Groß-Berlin, hinter denen die große Mehrheit der Arbeiter und Berufstätigen der gesamten sozialdemokratischen Obleute, die getrennt infolge einer Verpfändung ihrer Arbeit...

Massen heraus!

Daß unsere Berliner Genossen die Aufmerksamkeit gegen Sparatistische Schand- und Gewalttaten auszuweichen ist, zeigt auch das nachfolgende Aufruf zu einer für Sonntag geplanten Massendemonstration, den heute der Vorwärts veröffentlicht:

Die Vorgänge der letzten Tage haben die Erkenntnis der Berliner Bevölkerung gegen das terroristische Treiben der Spartakusgruppe zur Sache gemacht. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hatte bereits für den Freitag eine Demonstration angekündigt, die wegen der ungenügenden Vorbereitungen nicht in unfaßbar getroffen werden mußte. ...

Der Wille der wirklichen Massen muß aber so rasch wie möglich zum Ausdruck kommen! ...

gegen die Blutdiktatur des Spartakusbundes!

Was ist die demokratische Partei?

Die neugegründete Demokratische Partei will bei den bevorstehenden Wahlen alle freilebenden und den fortschrittlich bildenden Wähler für ihre Kandidaten einfangen. ...

Die neue Demokratische Partei setzt sich zusammen aus den früheren Nationalliberalen und den Fortschrittlichen oder Anhänger der freien Willigen Volkspartei oder wie sie sonst heißen. ...

Im sächsischen Landtage waren es die Nationalliberalen, die mit den Konventionen das allgemeine und direkte Wahlrecht abschafften und das schmachvolle Dreiklassenwahlrecht einführen. ...

Wähler, berechtigt das nicht!

Das haben die Fortschrittler, Freijünglinge oder wie sie sich sonst nannten, in der Vergangenheit getan, die die andere Hälfte der neuen Demokratischen Partei bildet. ...

Italen kommt für die Beamten nicht in Betracht, da sie von den Behörden als mit dem Dienste, dem Treuepflichtverhältnis und den besonderen Pflichten des Beamten abtrottel unvereinbar angesehen und mit Dienstentlassung bestraft wird. ...

Die Beamten haben unter Führung von Dr. Murgada an der Verhandlung der gesamten Reichsversammlung teilgenommen. ...

So können wir noch anerkennen, daß volksfeindliche Gehörte dieser Parteien nicht zu schreiben. ...

Die neue Demokratische Partei hat eine Reihe sozialpolitischer Forderungen aus dem sozialdemokratischen Programm abgelehnt. ...

Die Neugründung der Demokratischen Partei ist erfolgt, um dem Stimmungsstimmung der Masse entgegenzukommen, um Wähler einzufangen, die diesen vertriebenen Parteien den Rücken gekehrt haben. ...

Wer wahrhaft demokratische Politik wünscht, muß für die einzige demokratische Partei, für die Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung, zu den Nationalwahlen für den Landtag und zu dem Stadtverordnetenparlament stimmen. ...

Das Programm der Sozialdemokratie ist 45 Jahre alt, während das Programm der Demokratischen Partei erst 14 Tage alt ist. ...

für die Sozialdemokratie!

Sächsische Landeskonferenz der A.- u. S.-Räte.

Dresden, 27. Dezember.

Bei überfüllten öffentlichen Tribünen und in Anwesenheit der Volksbeauftragten Prof. Pfeiffer, G. Dr. Granauer, Lipski und Simoner trat die Konferenz der A.- u. S.-Räte in der ersten öffentlichen Sitzung des sächsischen Landtages zusammen. ...

Volksbeauftragter Lipski: Die politischen Ereignisse der letzten Tage geben ihm Veranlassung, auf die gegenwärtige Situation

in kurzen Strichen hinzuweisen, da von einem großen Teil der Presse Vorgänge untergeordnet Natur zu großen politischen Ereignissen aufgebläht worden seien. ...

Durch die Presse ist die Mitteilung von dem Gehalt der Regierung für die

sächsischen Nationalwahlen

am 2. Februar 1919. Der Redner erörterte sichtlich ausführlich die Gründe für das Vorgehen der Regierung und bittet, daß die Verhältnisse anders liegen als im Reich. ...

auf Zulassung der Wahlen für die sächsischen Wahlen mit dem für die Reichs-Nationalversammlung, meint Lipski, wie auch die Wahlen in Sachsen ausfallen werden, in keinem Falle ist zu erwarten, daß nicht aus volksfeindlichen Kreisen ein Eintrag in die Reichs-Nationalversammlung zu erwarten ist. ...

Es sind folgende, zum Teil höchst wichtige Eingänge:

1. Antrag R. Lipski-Dresden: Der Landesrat befehligt einen Justizrat der Arbeiter- und Soldatenräte, bestehend aus 9 Personen, die die Reichs-Nationalversammlung zu vertreten haben. ...

2. Antrag R. Lipski-Dresden: Die Regierung wird ersucht, den aus dem Kriegs-geheimgesetz Staatsarbeitern die Zeitungsverhältnisse in demselben Umfange zu gewähren wie den Staatsbeamten, die Kriegsteilnehmer gewesen sind. ...

3. Ein Antrag R. Lipski-Dresden fordert die sächsische Regierung zur Beschleunigung der Reichs-Nationalversammlung. ...

4. Ein Antrag R. Lipski-Dresden: Die Regierung wird ersucht, den aus dem Kriegs-geheimgesetz Staatsarbeitern die Zeitungsverhältnisse in demselben Umfange zu gewähren wie den Staatsbeamten, die Kriegsteilnehmer gewesen sind. ...

5. Mehrere Anträge von Freiberg, darunter ein solcher, der die Vertiefung der Sitze der einzelnen Kreisbauernschaften auf die Reichs-Nationalversammlung in freier Wahl und freien Städte einsetzt. ...

6. Ein Antrag R. Lipski-Dresden fordert die Begründung von Bauernräten und den Ausbau der schon in der Bildung begriffenen Ortsbauernräte für das Ernährungswesen zu Bauern- und Landbauernräten. ...

7. Ein Antrag R. Lipski-Dresden: Der Landesrat wolle der Regierung die Erlaubnis für die Wahlen zur sächsischen Nationalversammlung folgende Richtlinien zur Grundlegung zu geben. ...

8. Ein Antrag R. Lipski-Dresden fordert die Begründung von Bauernräten und den Ausbau der schon in der Bildung begriffenen Ortsbauernräte für das Ernährungswesen zu Bauern- und Landbauernräten. ...

9. Ein Antrag R. Lipski-Dresden fordert die Begründung von Bauernräten und den Ausbau der schon in der Bildung begriffenen Ortsbauernräte für das Ernährungswesen zu Bauern- und Landbauernräten. ...

10. Ein Antrag R. Lipski-Dresden fordert die Begründung von Bauernräten und den Ausbau der schon in der Bildung begriffenen Ortsbauernräte für das Ernährungswesen zu Bauern- und Landbauernräten. ...

11. Ein Antrag R. Lipski-Dresden fordert die Begründung von Bauernräten und den Ausbau der schon in der Bildung begriffenen Ortsbauernräte für das Ernährungswesen zu Bauern- und Landbauernräten. ...

12. Ein Antrag R. Lipski-Dresden fordert die Begründung von Bauernräten und den Ausbau der schon in der Bildung begriffenen Ortsbauernräte für das Ernährungswesen zu Bauern- und Landbauernräten. ...

13. Ein Antrag R. Lipski-Dresden fordert die Begründung von Bauernräten und den Ausbau der schon in der Bildung begriffenen Ortsbauernräte für das Ernährungswesen zu Bauern- und Landbauernräten. ...

14. Ein Antrag R. Lipski-Dresden fordert die Begründung von Bauernräten und den Ausbau der schon in der Bildung begriffenen Ortsbauernräte für das Ernährungswesen zu Bauern- und Landbauernräten. ...

15. Ein Antrag R. Lipski-Dresden fordert die Begründung von Bauernräten und den Ausbau der schon in der Bildung begriffenen Ortsbauernräte für das Ernährungswesen zu Bauern- und Landbauernräten. ...

16. Ein Antrag R. Lipski-Dresden fordert die Begründung von Bauernräten und den Ausbau der schon in der Bildung begriffenen Ortsbauernräte für das Ernährungswesen zu Bauern- und Landbauernräten. ...

17. Ein Antrag R. Lipski-Dresden fordert die Begründung von Bauernräten und den Ausbau der schon in der Bildung begriffenen Ortsbauernräte für das Ernährungswesen zu Bauern- und Landbauernräten. ...

18. Ein Antrag R. Lipski-Dresden fordert die Begründung von Bauernräten und den Ausbau der schon in der Bildung begriffenen Ortsbauernräte für das Ernährungswesen zu Bauern- und Landbauernräten. ...

19. Ein Antrag R. Lipski-Dresden fordert die Begründung von Bauernräten und den Ausbau der schon in der Bildung begriffenen Ortsbauernräte für das Ernährungswesen zu Bauern- und Landbauernräten. ...

20. Ein Antrag R. Lipski-Dresden fordert die Begründung von Bauernräten und den Ausbau der schon in der Bildung begriffenen Ortsbauernräte für das Ernährungswesen zu Bauern- und Landbauernräten. ...

21. Ein Antrag R. Lipski-Dresden fordert die Begründung von Bauernräten und den Ausbau der schon in der Bildung begriffenen Ortsbauernräte für das Ernährungswesen zu Bauern- und Landbauernräten. ...

22. Ein Antrag R. Lipski-Dresden fordert die Begründung von Bauernräten und den Ausbau der schon in der Bildung begriffenen Ortsbauernräte für das Ernährungswesen zu Bauern- und Landbauernräten. ...

23. Ein Antrag R. Lipski-Dresden fordert die Begründung von Bauernräten und den Ausbau der schon in der Bildung begriffenen Ortsbauernräte für das Ernährungswesen zu Bauern- und Landbauernräten. ...

24. Ein Antrag R. Lipski-Dresden fordert die Begründung von Bauernräten und den Ausbau der schon in der Bildung begriffenen Ortsbauernräte für das Ernährungswesen zu Bauern- und Landbauernräten. ...

25. Ein Antrag R. Lipski-Dresden fordert die Begründung von Bauernräten und den Ausbau der schon in der Bildung begriffenen Ortsbauernräte für das Ernährungswesen zu Bauern- und Landbauernräten. ...

